

# Interview mit Bärbel Höhn, und Landwirtschaft in NRW

Frau Höhn, um umweltrelevantes Verhalten zu verändern, wird das Spannungsfeld von gesetzlichen Sanktionen auf der einen und Überzeugung der Bevölkerung auf der anderen Seite diskutiert. Welchen Ansatz halten Sie für effektiver?

Überzeugungsarbeit ist das Primäre.

Ich bin für einen vernünftigen Mix. Es ist natürlich besser, wenn alle vom Umweltschutz überzeugt sind. Gerade dann, wenn wir in der Bevölkerung selber ein Verständnis für Umweltpolitik erreichen, werden wir auch notwendige Maßnahmen durchsetzen können. Denn die Summe von Einzelmeinungen sollte den gesellschaftlichen mainstream, d.h., die gesellschaftliche Richtung, angeben. Langfristig tut sie das auch. Von daher ist die Überzeugungsarbeit das Primäre. Auf der anderen Seite haben wir gerade im Umweltschutz bestimmte Bereiche, wo durch kriminelles Handeln, z.B. durch die Umdeklarierung von hochgiftigem Sonderabfall, enorm viel Geld verdient werden kann. Die Schäden muß am Ende die Gesellschaft zahlen, und das ist im Umweltbereich oft so. So etwas muß man verhindern, und es reicht nicht, wenn man dabei immer nur an die Überzeugungen appellieren würde. In solchen Fällen muß auch mit ganz harten Restriktionen, Verboten und Sanktionen vorgegangen werden.

Wie könnten denn Überzeugungsarbeiten, z.B. im Bereich des Auto-Fahrens, aussehen?

Zum Autoverkehr ist die Alternative der Ausbau des ÖPNV.

Das kann ähnlich wie in anderen Bereichen, z.B. dem Abfallbereich, ablaufen. Wir haben durch eine große Diskussion um die Schädlichkeit von Müllverbrennungsanlagen erreicht, daß die Menschen bereit sind, sehr viel mehr im Abfallbereich zu tun. Das Trennen von Müll ist gerade hier in Deutschland erheblich weiter entwickelt als in anderen Ländern. Durch die Diskussion um Gefahren sind die Leute bereit, auch selbst etwas zu tun. Und ähnlich wird es mit dem Autoverkehr auch sein. Die Diskussion um das Ozon bzw. die Berichte über die Klimakatastrophe werden dazu führen, daß die Menschen sich umstellen. Aber dazu gehört auch, daß es Alternativen gibt. Es reicht nicht zu sagen: „Wir sind

jetzt alle überzeugt.“ Ein privates Beispiel: Von Oberhausen nach Gelsenkirchen brauche ich mit dem Auto 20 Minuten. Mit dem ÖPNV habe ich 1 1/2 Stunden für eine Fahrt gebraucht. Da wird deutlich, daß das keine echte Alternative ist. Deshalb ist es auch notwendig, annehmbare Alternativen zu bieten, damit die Leute ihr Verhalten ändern.

Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach Umweltbewußtsein für umweltverträgliches Verhalten? Wie wichtig ist es im Vergleich zu Verhaltensoptionen, wie z.B. der Verfügbarkeit eines Autos bei der Verkehrsmittelwahl?

Es ist sicher eine Kombination. Das Auto wird es auch in Zukunft geben. Viele Menschen verbinden das Auto mit Freiheitsgefühl, Ungeboundenheit, Beweglichkeit. Es gibt viele Dinge, die subjektiv für das Auto sprechen und zu der Verbreitung des Autos beigetragen haben. Der Umweltgedanke bzw. das Umweltbewußtsein ist ein Aspekt, der dagegen spricht. Gefahren für Kinder und ältere Leute, Lärmbelästigung, Zerstörung von Naturschutzgebieten und Siedlungsstrukturen durch Straßenbau sind weitere Gegenargumente. Wenn man jetzt darüber nachdenkt was getan werden muß, um negative Auswirkungen des Autos zu verhindern, dann muß ich Ihnen sagen: Ich bin gegen so etwas wie „Ökodiktatur“. Ich bin dagegen, daß alles über Verbote geregelt wird und der Umweltgedanke alles dominiert. Ich verhalte mich auch als Umweltministerin nicht zu jedem Zeitpunkt umweltgerecht. Wenn ich das tun würde, würde ich aufgrund des Zeitaufwandes keine Umweltministerin mehr sein können. Es geht vielmehr darum, umweltgerechte Alternativen zu bieten. Zum Autoverkehr ist die Alternative der Ausbau des ÖPNV. Es gibt z.B. Konzepte, gerade im produktionsintegrierten Umweltbereich, die schon während der Produktion die Abfälle direkt vermeiden und dadurch sogar noch Geld sparen. So werden diese beiden Aspekte kreativ miteinander verbunden. Ich bin daher dagegen, zu sagen: „Das sind meine Vorgaben und diese werden Punkt für Punkt durchgezogen.“ So etwas wäre auch nicht durchführbar. In einer Demokratie würden die Menschen zu Recht sagen, daß das so weit nicht gehen darf.

# Ministerin für Umwelt, Raumordnung

Was würden Sie konkret tun, um das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung zu stärken?

Es ist zunächst wichtig, daß die Initiativen und Ansätze, die es gibt, ideell und finanziell unterstützt werden. Gerade im Umweltbereich gibt es davon sehr viele. Das zweite ist sicher die Umweltbildung. Schon im Kindergarten kann man den Kindern klar machen, was sie selber tun können. Und daß Umweltschutz auch Spaß macht. Und das dritte ist natürlich, daß wir neue Gefahren erkennen und auf bestehende Gefahren immer wieder hinweisen.

Sie haben schon das Stichwort Klima bzw. Ozon angesprochen. Wie schätzen Sie die Bedeutung von Katastrophenszenarien für die Umweltpolitik ein? Würden Sie sagen, daß Katastrophen, wie z.B. die Klimakatastrophe, eine Voraussetzung für die Akzeptanz von Umweltpolitik sind?

In gewissem Sinne ist es sicher so, daß eine Diskussion um eine Veränderung am leichtesten stattfindet, wenn eine Katastrophe droht oder sichtbar ist. Je länger die Flutkatastrophe hier am Rhein vorbei war, desto größere Schwierigkeiten hatte ich, den Menschen bestimmte Maßnahmen zu vermitteln, vor allem wenn es für sie Nachteile hat. Wenn ich z.B. sage, an dieser Stelle soll ein Retentionsraum geschaffen werden. Die Akzeptanz von solchen Maßnahmen wird also geringer, je entfernter die Flutkatastrophe den Menschen erscheint. Wenn aber an der Oder jetzt wieder sichtbar wird, daß etwas getan werden muß, dann ist natürlich die Überzeugungsarbeit einfacher.

Hat Umweltpolitik also größere Chancen, wenn sie angstmotiviert ist?

Nein, das würde ich nicht sagen, ich bin immer dagegen, daß wir Menschen über Angst zu Veränderungen motivieren. Ich finde das eher negativ. Auf der einen Seite müssen wir die Gefahr aufzeigen, auf der anderen Seite sollten wir eine Lösung anbieten können. Den Leuten zu sagen: „Da kommt eine furchtbare Katastrophe.“, ohne gleichzeitig eine Lösung anbieten zu können, würde einfach nur zu Depressionen führen.

Waldsterben, Ozonloch, Klimakatastrophe. Ist das Denken in Katastrophenszenarien ein typisch deutsches Phänomen?

Gerade diese von Ihnen genannten Begriffe sind ja teilweise in andere Sprachen übernommen worden (z.B. „le Waldsterben“). Es liegt zum einen sicher an der Mentalität der Deutschen. Es liegt aber auch an der Lage Deutschlands mitten in Europa. Wir sind sehr dicht besiedelt und bekommen die Emissionen von allen Seiten ab. Von daher hat sich das Problem auch viel stärker gestellt als in allen anderen Ländern. Die Deutschen haben, was den Umweltschutz angeht, heute noch eine Vorreiterfunktion. Ich finde es bedrückend, daß wir diesen Vorsprung derzeit so leichtfertig verspielen.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist vor kurzem die Diskussion um die Klimakatastrophe neuerlich angestoßen worden. Die Kernaussage des Autors: „Die Klimakatastrophe gibt es gar nicht, den Forschern kommt die Katastrophe abhanden.“

Es hat in der Umweltdiskussion immer beide Seiten gegeben. Es hat immer Gruppen von Personen gegeben, die gesagt haben: „Es gibt ein großes Problem, packen wir es an.“ Es hat die andere Seite gegeben, die gesagt hat: „Solange dieses Problem noch nicht hundertprozentig bewiesen ist, gibt es das auch nicht.“ Natürlich ist so etwas auch interessengeleitet. Zum Beispiel von denen, die Nachteile dadurch haben, daß man hier etwas verändert. Jeder versucht, seinen Status Quo beizubehalten. Es gibt aber viele Personen, die unter der jetzigen Situation, d.h., unter Umweltschäden, leiden. Dies sind in der Regel Privatpersonen. Am Rhein gibt es mittlerweile einen großen Bevölkerungsanteil, der sich gar nicht mehr gegen Hochwasser versichern kann, weil die Versicherungen sich weigern, Abschlüsse zu machen oder nur zu sehr hohen Kosten. Ein Schaden, der durch eine falsche Politik entstanden ist, wird am Ende auf dem Rücken von wenigen einzelnen ausgetragen. Wenn man diesen Zustand verändern will, muß man dies wieder z.B. über Auflagen tun. Die betroffenen Industriebereiche wehren sich. Sie vertreten nun ihre Interessen und sagen: „Solange das nicht zu hundert Prozent bewiesen ist, sind wir nicht bereit, diese Auflagen zu erfüllen.“ Es gibt von der Seite der Industrie immer Gegenargumente

Es ist zunächst wichtig, daß die Initiativen und Ansätze, die es gibt, ideell und finanziell unterstützt werden.

Ein Schaden, der durch eine falsche Politik entstanden ist, wird am Ende auf dem Rücken von wenigen einzelnen ausgetragen

## ■ Umschau

und Gegentheorien. Das große Problem ist, daß die Ökosysteme äußerst labil sind. Sie halten sehr lange, wenn sie dann aber kippen, kann man sie nicht mehr heilen. Das hat man mittlerweile an vielen lokalen Katastrophenszenarien gesehen. So ist z.B. der große Aral-See verdunstet. Einer der größten Seen in Asien. Derartiges konnte man sich bis dahin nicht vorstellen. Von dem Aral-See künden nur noch Schiffswracks, die in der Wüste liegen.

Wie sähe also die optimale Darstellung der globalen Bedrohungen in der Öffentlichkeit aus?

Das Problem bei der Darstellung der Klimakatastrophe ist, daß es für viele Menschen nicht leicht zu verstehen ist, es bleibt abstrakt.

Das Problem bei der Darstellung der Klimakatastrophe ist, daß es für viele Menschen nicht leicht zu verstehen ist, es bleibt abstrakt. In der Abfallpolitik, wenn da vor meine Nase eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden soll, das ist für mich ganz konkret. Ich kann mir überlegen, daß ich etwas tun muß, ich muß Müll vermeiden. Wenn es bei der Klimakatastrophe heißt, die Temperaturen werden um ein, zwei Grad steigen, sagen die Leute im verregneten Deutschland: „Naja, wenn es hier um ein zwei Grad wärmer wäre, daß ist doch gar nicht so schlecht. Dann bräuchten wir nicht mehr ans Mittelmeer zu fahren.“ Es wird zunächst gar nicht sichtbar, wo das Problem liegt. Gerade für die Verursacher, gerade für die nördliche Halbkugel, die Industrienationen. Wenn man aber genauer hinsieht, heißt das für den Mittelmeerraum etwas ganz anderes. Ein bis zwei Grad globale Temperaturerhöhung bedeuten für manche sonnige Gebiete, daß sie Wüstencharakter annehmen können. Oder es heißt für die Nordseeinsel Sylt, daß sie überschwemmt werden würde. Das gleiche droht für Bereiche von Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Plötzlich, nachdem man in die Materie eingestiegen ist, kann man erahnen, was das bedeutet. Dennoch ist es sehr abstrakt. Und das ist der Grund dafür, warum es bei der CO<sub>2</sub>-Diskussion und bei der Klimakatastrophe so schwierig ist, zu Veränderungen zu kommen.

Tatsächlich sind Begriffe wie „Saurer Regen“, „Waldsterben“ oder „Ozonloch“ aus der öffentlichen Diskussion verbannt. Ist in einem Land, das 4,6 Millionen Arbeitslose hat, eine Diskussion über umweltrelevante Themen in der Intensität führbar, wie man sich das wünschen würde?

Das verdreht ein Stück die Diskussion. Denn durch den Umweltschutz werden ja nicht Arbeitsplätze abgebaut, sondern es entstehen auch viele Arbeits-

plätze. In der Tat ist es so, daß viele sagen, die Diskussion um Umwelt ist in die Defensive geraten. Alles wird erst einmal auf „Jobs, Jobs, Jobs“ konzentriert. Jede Diskussion um Umwelt könnte diese Jobs gefährden. Nur ist das ja eine sehr kurzfristige Strategie. Arbeitsplätze, die nur unter der Prämisse erhalten werden, daß notwendige Umweltinvestitionen nicht getätigt werden, gehen dann zehn Jahre später verloren. Man wird zu spät zu dem notwendigen Strukturwandel kommen, der nötig wäre, um diese Arbeitsplätze zukunftsfähig zu machen. Andererseits sind gerade Bereiche, die für den Umweltbericht etwas bringen würden, besonders arbeitsintensiv. Würden wir z.B. den Individualverkehr umstellen auf den ÖPNV, dann würden dadurch enorm viele Arbeitsplätze entstehen. Würden wir z.B. im Energiebereich auf kleine, dezentrale Einheiten gehen, z.B. auf Blockheizkraftwerke, wie sie für die CO<sub>2</sub>-Reduktion notwendig wären, würden auch dadurch enorm viele Arbeitsplätze entstehen. Wir haben gerade durch die Windkraft in NRW 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Hier verändert sich etwas durch Umweltschutz. Es gibt Menschen, die sagen: „Ich biete Ihnen mein Know-how an, um Energie einzusparen.“ Diese Dienstleistung wird dann aus dem eingesparten Geld bezahlt. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, daß wir Umwelt und Arbeit miteinander verbinden können.

Was ist denn Ihre Strategie, um dazu beizutragen, daß die Ökologische Frage nicht gegen die Soziale Frage ausgespielt wird?

Zum einen gilt es, in der jetzigen Situation durchzuhalten, und die Leute, die der Meinung sind, Umweltschutz blockiere neue Arbeitsplätze, auch immer wieder zu überraschen und zu sagen: Warum eigentlich? Durch das gegenwärtige Tal müssen wir, die umweltbewegten Menschen, hindurch. Ich setze hier auf die neue Generation, auf die Jugend. Durch die Umweltschäden, die wir als Eltern- generation verursacht haben, sind wir weniger belastet, als die nachfolgende Generation. Und die nachfolgende Generation hat ja, anders als wir, von Jugend auf gelernt, daß wir zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen müssen, daß wir nur dann überlebensfähig sind, nur dann zukunfts fähige Arbeitsplätze haben werden, wenn wir Umwelt und Arbeit miteinander verbinden.

Was denkt der/die normale BürgerIn auf der Straße Ihrer Ansicht nach wohl von dem Konzept der Nachhaltigkeit?

... die nachfolgende Generation hat ja, anders als wir, von Jugend auf gelernt, daß wir zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen müssen...

Der Begriff ist sehr abstrakt. Den meisten Menschen ist dieses Konzept sehr schwer verständlich zu machen. Deshalb ist auch die lokale Agenda besonders wichtig. Es heißt darin ja: „Global denken und lokal handeln.“ Wenn diese Gedanken in konkrete Projekte vor Ort umgesetzt werden, wird das Konzept der Nachhaltigkeit für die Bevölkerung auch faßbar. Obwohl der Prozeß nach dem Zeitplan schon viel weiter vorangeschritten sein sollte, sind wir bei der lokalen Agenda erst bei den Anfängen. Viele Kommunen beginnen erst jetzt darüber nachzudenken.

Was würden Sie sich von den Sozialwissenschaften wünschen, um eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft zu unterstützen?

Auch und gerade in den Sozialwissenschaften findet diese gesellschaftliche Debatte statt. Zu dem Diskurs der nachhaltigen Entwicklung gehört auch die Teilhabe der Bevölkerung an diesen Prozessen. Hier sind die Sozialwissenschaften gefragt, Konzepte zu entwickeln, die für die Einbeziehung und Mitwirkung der Bevölkerung sorgen. Diese Konzepte sollten dann möglichst auch in die Praxis umgesetzt werden.

Immer wieder wird behauptet, die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft würde gerade in bezug auf den Umweltschutz Nachteile mit sich bringen. Insbesondere wird gesagt, daß die vergleichsweise harten deutschen Standards aufgeweicht würden. Was halten Sie von dieser These?

Es ist sicher so, daß wir in einigen Bereichen des Umweltschutzes weiter sind als unsere europäischen Partner. Auf der anderen Seite verklagt die Kommission die Bundesregierung, weil sie gerade im Umweltbereich diverse Richtlinien nicht umsetzt. In vielen anderen Bereichen sind wir inzwischen im Rückstand. Ich nenne da nur die Umweltverträglichkeitsprüfung. Wir sind dabei, die Vorbildfunktion, die wir einmal hatten, zu verlieren. Das merken wir inzwischen auch bei der EU-Gesetzgebung.

Zum Stichwort „EU-Gesetzgebung“: Ist das Öko-Audit ein Auslaufmodell oder ist es eine Chance für zukünftige Entwicklungen?

Traditionell dominiert in Deutschland das Ordnungsrecht im Umweltbereich. Deshalb ist der Ansatz des Öko-Audits einer, der der gesetzgeberischen Systematik in Deutschland eigentlich widerspricht.

Er ist eher der Gesetzgebung in Großbritannien und den USA angemessen, die dann an anderer Stelle weitergehende Maßnahmen haben. In den USA z.B. über das Haftungsrecht. Der Ansatz ist dabei ein ganz anderer. Wenn jemand aus Verbrauchersicht Umweltstandards verletzt, geht es in den Schadensersatzprozessen gleich um Millionen Dollar. Aus dem anderen Ansatz heraus hat es deshalb auch so lange gedauert, bis sich das Öko-Audit hierzulande etablieren können. Viele Unternehmen profitieren inzwischen davon. Teilweise wurde richtige Einsparpotentiale erreicht, wodurch dann die Betriebskosten gesenkt werden konnten. In der jetzigen Phase ist es allerdings so, daß manche Unternehmen auch Gegenleistungen erhalten wollen, z.B. bei der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Das ist paradox, denn das Öko-Audit beginnt ja erst, wenn die Genehmigung schon lange erteilt worden ist. Dennoch glaube ich, daß das Öko-Audit oder die ISO-14.000 sich im internationalen Bereich durchsetzen werden. Es wird international operierende Konzerne geben, die auch bei den Produkten ihrer Zulieferer wissen wollen, welchen Standards der Zulieferbetrieb entspricht. Natürlich hat das Öko-Audit auch Nachteile: Zum Beispiel ist es über die einzelnen Betriebe hinweg schlecht vergleichbar. Es kann in dem einen Betrieb etwas anderes bedeuten als in einem anderen Betrieb. Es ist nicht wie ein klarer Grenzwert, den man über- oder unterschreitet.

Wünschen Sie sich in diesem Bereich stärkere ordnungspolitische Maßnahmen?

Nein, ich kann mir gut vorstellen, in Zukunft stärker zu Selbstverpflichtungen zu kommen. Nur muß das unter bestimmten Voraussetzungen geschehen. Selbstverpflichtungen können nicht dazu führen, daß Umweltstandards abgebaut werden. Selbstverpflichtungen sind da sinnvoll, wo die Ziele klar definiert sind, wo es Kontrollmöglichkeiten gibt, ob die Ziele eingehalten werden, und wo es Sanktionsmöglichkeiten gibt, wenn sie nicht eingehalten werden. Wenn Selbstverpflichtungen dazu führen, daß Umweltziele verwischt und nicht mehr so hoch angesetzt werden, ist dies zu kritisieren. Deshalb brauchen wir von der Politik vorgegebene Rahmenbedingungen.

Zu dem Diskurs der nachhaltigen Entwicklung gehört auch die Teilhabe der Bevölkerung an diesen Prozessen.

Deshalb brauchen wir von der Politik vorgegebene Rahmenbedingungen.